

PRESSEMITTEILUNG

Sonneberg, 19. März 2010

Kommunaler Finanzausgleich: Meißner räumt Missverständnisse aus dem Weg

In der letzten Stadtratssitzung ging es um den kommunalen Finanzausgleich, der die Stadt Sonneberg belastet. Es wurde beschlossen, den Grundsteuerhebesatz zu erhöhen, um die Mindereinnahmen auszugleichen. Die Sonneberger Landtagsabgeordnete Beate Meißner stellte heute klar, dass der im Stadtrat verabschiedete Maßnahmenplan notwendig und unabdingbar ist.

Meißner stellt klar, dass die Kommunen in Thüringen seit Jahren die beste Finanzausstattung seitens des Landes in ganz Deutschland erhalten. Kein Land in Deutschland gewähre seinen Kommunen eine angemessene Finanzausstattung unabhängig von der Finanzkraft des Landes. "Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat alle staatlichen Ebenen mit Steuermindereinnahmen und steigenden Sozialkosten getroffen." Trotz dramatischer Steuereinbrüche von über 800 Mio. € sichert Thüringen aber auch 2010 seinen Kommunen eine Finanzausstattung auf Vorjahresniveau. "Dass das Land trotzdem über 3 Mrd. € an Finanzzuweisungen an die Kommunen weiterleitet, ist ein gewaltiger Kraftakt der Landesregierung und des Landtags. Wir gehen bis an die Grenze der verfassungsmäßigen Verschuldungsmöglichkeiten von 880 Mio. €. Diese Schuldenlast und die zu zahlenden Zinsen belasten alle Bürgerinnen und Bürger."

Die von Bürgermeisterin Abel geschilderte "prekäre Lage" der Thüringer Städte, die Leistungen für das Umland erbringen, diese aber vom Land nicht mehr gesondert ersetzt bekommen, ist verständlich. Meißner: "Es ist richtig, dass es in der Schlüsselmasse keine Anpassungshilfe für Kommunen mit überörtlicher Bedeutung bzw. Umlandfunktion mehr gibt. Dafür kommen aber die zweckgebundenen Zuweisungen für kommunale Aufgabenwahrnehmungen außerhalb der Schlüsselmasse auch nur den Kommunen zu Gute, die entsprechenden Einrichtungen vorhalten. Wer mehr anbietet, bekommt somit auch mehr."

Das Land schafft mit dem Finanzausgleichsgesetz 2010 die finanzielle Basis dafür, dass die Kommunen auch in diesem Jahr ihre pflichtigen Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises erfüllen und darüber hinaus auch weiterhin freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben erfüllen können. Meißner bestreitet nicht, dass möglicherweise der Umfang der freiwilligen Leistungen in Einzelfällen im Vergleich zu den einnahmestarken Jahren 2008 und 2009 eingeschränkt werden muss. "Es wäre jedoch unverantwortlich, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Einnahmen der Kommunen und des Landes zu ignorieren und ein „weiter so“ des Ausgabe- und Einnahmeverhaltens der guten Jahre 2008 und 2009 zu erwarten und zu fordern."

Abschließend stellt Meißner, die auch Stadträtin ist, dazu daher fest, dass der im Sonneberger Stadtrat verabschiedete Maßnahmenplan notwendig und unabdingbar sei. Die Abgeordnete fordert außerdem dazu auf, die anstehenden Herausforderungen gemeinsam und sachlich zu lösen.

Weiterhin widersprechen die Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition, Meißner und Eckardt, der Aussage, dass die Mehrkosten für die Kita-Betreuung nicht zusätzlich ersetzt würden. Die Abgeordneten führen aus, dass die "Kosten für die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes in vollem Umfang durch das Land erstattet werden." Fakt sei, dass die Gesamtkosten im Jahr 449,5 Mio. € betragen werden. Nach geschätztem Abzug der Einnahmen aus Elterngebühren, der Mittel aus Abtretung des Landeserziehungsgeldes sowie der Drittmittel ergäbe sich für die Kommunen ein ungedeckter Finanzbedarf im Jahr 2010 in Höhe von 351,8 Mio. €. Von diesem ungedeckten Finanzbedarf würden insgesamt 145,3 Mio. € als besondere Ergänzungszuweisungen ausgereicht (128 Mio. € als Landespauschale sowie 17,3 Mio. € als Infrastrukturpauschale). Der Restbetrag in Höhe von 206,5 Mio. € sei laut Aussage der Abgeordneten bei der Bildung der Schlüsselmasse berücksichtigt worden. Falls dies alles nicht reichen sollte, werde eine gesonderte geregelte Spitzabrechnung für das Jahr 2010 stattfinden. "Das heißt, die Befürchtungen für eine nicht angemessene Ausfinanzierung unserer Kindertagesstätten unbegründet."